



Am 18. Juli 2012 hat Bundesumweltminister Altmaier ein Thesenpapier zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Wertstofffassung vorgestellt. Die Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung (ASA) e. V. hat eine erste Stellungnahme zu diesem Thesenpapier ausgearbeitet, die wir nachfolgend kurz zusammenfassen.

Grundsätzlich begrüßen wir den im Thesenpapier des BMU formulierten Ansatz der Bundesregierung, die Wertstofffassung in Deutschland zu reformieren. Auch teilen wir die vom BMU definierten Ziele nach Transparenz, hohen ökologischen Anforderungen, Verursachungsgerechtigkeit, Bürgerfreundlichkeit und Kosteneffizienz uneingeschränkt. Es ist sehr zu begrüßen, dass das BMU damit die Mängel der Verpackungsverordnung anerkennt und diese beheben will. Nicht nachvollziehbar ist aus unserer Sicht der Versuch, das Wertstoffgesetz als Weiterentwicklung der Verpackungsverordnung zu sehen. Nach unserer Auffassung ist die Verpackungsverordnung aufgrund der Vielzahl von Mängeln, die selbst nach einer 5. Novelle nicht behoben wurden, gescheitert. Wir sollten die Chance nutzen, das Wertstoffgesetz unabhängig von der Verpackungsverordnung neu zu formulieren, um die Ziele zu erreichen.

So sollte im neuen Wertstoffgesetz das stoffliche Verwerten (Recycling) im Vordergrund stehen. Die Quotenvorgaben sollten sicher und nachvollziehbar sein, was sich durch die organisatorische Federführung der Kommunen erreichen ließe. Gleichzeitig würde dann mit einem Ansprechpartner für die gesamte Müllabfuhr die Bürgerfreundlichkeit erhöht und mit der „Organisation aus einer Hand“ zur Kosteneffizienz beigetragen. Eine privatwirtschaftliche Sammlung ist damit selbstverständlich nicht ausgeschlossen. Gerade im Bereich der Sortierung und Vermarktung ist der größte Teil heute privatwirtschaftlich organisiert und auch hochgradig innovativ. Diese wichtige Rolle der privaten Entsorgungswirtschaft sollte und muss auch weiter von ihr wahrgenommen und sogar ausgebaut werden.

Eine Wertstofftonne kann ein Weg zur Erreichung der Ziele sein, darf aber nicht flächendeckend vorgeschrieben sein. Das Gesetz formuliert und kontrolliert das Ziel, über den Weg entscheidet die Politik vor Ort. Somit werden die abfallwirtschaftlichen Strukturen berücksichtigt und vom Bürger schon bezahlte Infrastruktur geschützt. Der Wettbewerb um das beste System vor Ort zur Erfüllung der Quoten wird damit eröffnet. Die ehrliche Quotenerfüllung ist entscheidend, dabei darf auch die Getrenntsammlung kein Dogma sein.

Die Produktverantwortung sollte durch finanzielle Beteiligung weiter aufrechterhalten bleiben. Ein „bürokratisches Monster“ mit hohen Transaktionskosten und völliger Intransparenz, wie es aktuell der Fall ist, muss verhindert werden.

Gerne würden wir in eine ehrliche Diskussion einsteigen, welche klärt, wie weit das stoffliche Recycling gehen soll, was man bereit ist dafür auszugeben und wer es bezahlt. Genau diese Diskussion um das Kernziel „Recycling“ ist unseres Erachtens bisher viel zu kurz gekommen.

Die ASA wird sich weiter konstruktiv an der Diskussion um das Wertstoffgesetz einbringen und freut sich auf die Gespräche mit der Politik.

Der ASA-Vorstand